

## **"Notwendige ordnungspolitische Rahmenbedingungen für Investitionen der deutschen und europäischen mittelständischen Wirtschaft in Volkswirtschaften entlang der neuen Seidenstraße"**

Die Chinesische OBOR Initiative kann unzweifelhaft als das bisher global größte Investitionsprogramm bezeichnet werden. Projekte in einer Größenordnung von bisher 900 MRD US \$, die sich in der Realisierung befinden, sowie weitere geplante Projekte mit einem Volumen von nahezu 4 Bill. US \$ lassen keinen Zweifel aufkommen, wie ernst es China mit seiner Absicht ist, die führende Wirtschaftsmacht der Erde zu werden.

Natürlich kann man darüber diskutieren, ob China die Absicht hat hegemoniale Ziele zu verfolgen, oder ob es lediglich darum geht, einer globalen Entwicklung zum Wohle Vieler eine bisher ungeahnte Dynamik zu verleihen. Sicher ist, auch China hat nichts zu verschenken, und ja, auch China handelt zu allererst im eigenen Interesse.

Das seit langer Zeit stabile große Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft führte zu einer veränderten Rolle und zu einem veränderten Selbstverständnis der chinesischen Wirtschafts- und Außenpolitik.

Genau betrachtet kommt der Wandel von der Rolle einer Werkbank hin zu einer führenden Technonation nicht überraschend.

Basierten erste Erfolge in Richtung Know-How-Transfer zur Hochtechnologiebefähigung in den Anfängen noch auf Joint Ventures oder zum Teil auch auf der unerlaubten Adaption von geistigem Eigentum westlicher Unternehmen, so investierte China seit Mitte der 80er Jahre konsequent und überdurchschnittlich viel in Ausbildung, Forschung und Technologie. Zehntausende von Studenten wurden weltweit auf renommierte Universitäten geschickt und nach erfolgreicher Ausbildung mit guten Positionen in der eigenen Wirtschaft versorgt.

Diese Strategie zahlte sich im Verbund mit einer massiven Förderung der Industrie und einer erfolgreichen Geld- und Finanzpolitik aus.

Die massiven Devisenreserven Chinas ermöglichten es, nicht nur zum größten Gläubiger der USA zu werden, sondern sie sind auch noch das Fundament einer nicht mehr aufzuhaltenden stark expansiven internationalen Wirtschaftspolitik. Deren stärkstes Signal manifestiert sich derzeit in der OBOR Initiative.

One Belt One Road ist aus Sicht des BVDSI das strategische Tor zu einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Es ist aber auch eine Chance und ein Angebot an die deutsche Volkswirtschaft ihre enorme Leistungsfähigkeit und ihren großartigen Ruf in die Waagschale zu werfen. Leider ist es so, dass diese Sichtweise in der deutschen und der EU Politik kaum vorhanden ist. Vielmehr dominieren die Skeptiker. Sie reklamieren mit einer merkwürdigen Melange an Argumenten die Deutungshoheit in Bezug auf die Bewertung chinesischer Absichten und Versäumnisse.

Dieses Verhalten führt bislang zu viel Irritationen in den Ländern Asiens, Russlands und einigen EU Mitgliedern, wie Ungarn, Griechenland, Tschechien und der Slowakei, um nur Einige zu nennen.

Die Prämissen der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik orientieren sich eher an ideellen und moralischen Werten, wie den Menschenrechten, oder an mehr Demokratie. Mit anderen Worten, die Interessen Deutschlands als stärkste Exportnation der Welt werden hintenangestellt. Erreicht wird damit eine Abkopplung der politischen von der wirtschaftlichen Geschwindigkeit.

Deutschland läuft somit Gefahr innerhalb kurzer Zeit seinen Anspruch als führende Wirtschaftsnation aufs Spiel zu setzen und sehr bald nur noch die Rolle als geduldeter Zaungast einnehmen zu dürfen.

Diese einseitige Werte- und Westorientierung hat schon in jüngster Vergangenheit zu keinem sinnvollen Ergebnis geführt. Als Beispiel sei nur die Befürwortung Deutschlands und der EU für eine Verlängerung der Sanktionen gegen Russland zu nennen.

Russland hat genügend eigene und partnerschaftliche Optionen um dieses Sanktionen wegzustecken. Die Alternativen der deutschen Wirtschaft sind dagegen überschaubar. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen mit Russland ist spürbar zurückgegangen. Selbst wenn man dies ignorieren würde, bliebe immer noch das Problem, die sehr schwer beschädigte Vertrauensbasis zwischen der EU und Russland wiederherzustellen.

Worauf ich hinaus will, ist Folgendes. Das Spiel der wirtschaftspolitischen Kräfte entwickelt sich immer dynamischer und verlangt eine ständige Anpassung der eigenen Doktrin, bzw. der außenwirtschaftlichen Ziele. Diese Anforderungen verlangen allerdings eine Regierung, die einen klaren Blick für Notwendigkeiten besitzt. Diese Anforderungen verlangen darüber hinaus eine Regierung, die in der Lage ist, Politik, klar und

deutlich, wenn nötig auch visionär zu formulieren. Leider ist es so, dass diese Fähigkeiten in Deutschland seit 1983 ständig abnehmen.

Die Beschäftigung mit Problemen, deren Kleinteiligkeit teilweise nicht mehr in den Bundestag gehören, hat zu einer Auflösung der Glaubwürdigkeit der deutschen Volksparteien geführt.

Wenn wir diese Situation und deren Ergebnisse auf die Herausforderungen übertragen, denen wir uns in Europa gegenübersehen, kommen schnell Zweifel auf, ob und wie es die deutsche Politik bewerkstelligen will, dem Projekt OBOR auf Augenhöhe zu begegnen.

Mehr noch, woher soll die deutsche mittelständische Wirtschaft das Vertrauen gewinnen, mit Hilfe und aktiver Unterstützung in den Ländern entlang der Seidenstraße die nötigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen vorzufinden, bzw. zu schaffen.

Allein in den Volkswirtschaften entlang der traditionellen Seidenstraße besteht ein enormer Bedarf an z. B. Infrastrukturprojekten, an Energieprojekten, der Entwicklung von mittelständischen Industrieclustern, an Ausbildungsprojekten, an Gesundheitsprojekten, etc. etc.

Die Chancen für die deutsche Wirtschaft sind enorm. Wir vom BVDSI stellen bei unseren vielen Gesprächen mit den Botschaftern dieser Länder unisono fest, dass der Wunsch nach deutscher Beteiligung an Investitionen im Rahmen des OBOR Investments Chinas ständig wächst. Das Vertrauen in deutsche Technologie, in deutsches Management, in deutsche kooperative Business Kultur und in deutsche Innovationsfähigkeit treibt diese Wünsche an. Hinzu kommen die in vielen Ländern zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen mit der chinesischen Projektkultur, deren Stärke offensichtlich nicht mit Nachhaltigkeit umschrieben werden kann.

Aber zurück zum Kern der Herausforderungen für die deutsche mittelständische Wirtschaft.

Wie Sie vermutlich wissen, verfügt Deutschland über eine sehr starke mittelständische Wirtschaft, die zudem in großen Teilen aus Familienunternehmen besteht. Dieser starke Nukleus der deutschen Wirtschaft, hat enorm viel „hidden champions“ in fast allen Branchen im Weltmarkt hervorgebracht. Diese mittelständische Wirtschaft ist das Geheimnis der Exporterfolge und der Innovations- und Investitionsfähigkeiten dieses Landes.

Es sind nicht die großen DAX Unternehmen, die unbedingt einer politischen Unterstützung bedürfen. Diese sind überall gut vertreten und setzen ihre Interessen ganz alleine durch.

Nein, es sind die mittelständischen Familienunternehmen, die der politischen Unterstützung bedürfen. Diese Familienunternehmen müssen sich ordnungspolitisch in einigermaßen gesichertem Fahrwasser bewegen. Dazu gehören nun mal bi- oder multinationale Abkommen über den Schutz von Investitionen und dem Schutz von geistigem Eigentum. Dazu gehören auch klare, nachvollziehbare Maßnahmen gegen Korruption und staatlich Willkür. Ebenso gehören dazu Garantien für den freien Waren- und Kapitalverkehr. Nicht zuletzt müssen Sicherheit gewährleistende Regelungen in Sachen Schadensregulierung und – ersatz festgeschrieben werden. Spezielle Export- und Projektfinanzierungen sind ein weiteres Feld von OBOR adäquaten Unterstützungsleistungen, die auf den Weg gebracht werden müssen. Erfreulicher Weise gibt es schon Beispiele für die Schaffung von wichtigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen.

Kasachstan hat eine beeindruckende Gesetzeslandschaft geschaffen, die in großen Bereichen der deutschen Gesetzgebung entspricht. Russland hat umfangreiche Garantiepakete und Schiedsstellen geschaffen, mit denen sich die deutsche in Russland engagierte Wirtschaft zu großen Teilen wohl fühlt.

Allerdings bleibt immer noch sehr viel zu tun.

Die gilt insbesondere in den Bereichen Korruption und Behördenwillkür.

Die EU und Deutschland haben enorme Erfahrungen mit der Entwicklung, Vereinbarung und Festschreibung solcher Regelungen und Verfahren. Diese stammen aus den Beitrittsvereinbarungen zur EU, genauso wie aus den Vereinbarungen binationaler Abkommen. Es kann also nicht am mangelnden Know-How liegen, wenn die notwendige politische Dynamik noch nicht erkennbar ist. Hier muss dringend ein neuer Geist her.

Bei allen zu treffenden Vereinbarungen mit den Ländern der Seidenstraße, bei allen zu würdigen Interessen der Beteiligten muss eines klar sein; es geht für Deutschland und die EU weder um eine Abgrenzung und schon gar nicht um eine Konfrontation zur OBOR Initiative.

Nur ein kooperativer Ansatz gewährleistet Perspektive.

Es geht um Teilhabe, um Prosperität und um Partnerschaft. Deutschland hat innen- und außenpolitisch die Pflicht sich neuen globalen Initiativen zuzuwenden. Andernfalls verspielen wir in Europa unsere Chance auf Teilhabe an der Gestaltung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Das aber wäre dann wirklich nicht China vorzuwerfen, sondern ausschließlich dem eigenen politischen Versagen.